

Bei kommunalen Körperschaften über die Rechtsaufsichtsbehörde	
an das zuständige Regierungspräsidium:	

Zuwendungen des Landes auf Grundlage der Richtlinie zur VwV-LGVFG über die Förderung von Lade- und Wasserstofftankinfrastruktur (RL Ladeinfrastruktur) vom 07.09.2023

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

1 Vorhabenträger¹ (bitte stets vollständig ausfüllen)

Kontaktdaten des Vorhabenträgers	
Name des Unternehmens/ Kommune/Landkreis/Verband/Verein (Bezeichnung des Antragstellers)	
Rechtsform	
Anschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	
Ansprechpartner (Name, Telefon, E-Mail)	

¹ Soweit aus dem Zusammenhang nichts Anderes hervorgeht, steht ein Begriff wie „Antragsteller“, „Auftraggeber“ oder „Ansprechpartner“ jeweils für Singular und Plural und wird geschlechtsneutral verwendet und schließt jegliche Geschlechtsform ein.

2 Angaben zum Fördervorhaben

Genaue Bezeichnung der Maßnahme	
Standort der Maßnahme (Postleitzahl, Ort, Wahlkreisnummer/-bezeichnung, Gemeindegrenznummer)	
Geplanter Vorhabenbeginn	
Geplantes Vorhabensende	
Höhe der für das Vorhaben benötigten öffentlichen Finanzierung in Euro Hinweis: Bitte geben Sie die insgesamt benötigte öffentliche Finanzierung an, d.h. auch andere staatliche Zuwendungen als die Landeszuwendungen nach der RL Ladeinfrastruktur, siehe Ziff. 8.2 der RL Ladeinfrastruktur	

3 Gesamtkosten

	Euro
3.1 Gesamtkosten des Vorhabens	
3.2 davon förderfähig nach Ziff. 6 der RL Ladeinfrastruktur	
3.3 davon nicht förderfähig	

4 Berechnung der Höhe der Förderung des Landes

	Euro
4.1 Förderfähige Investitionskosten (vgl. Ziffer 3.2 dieses Formulars)	
4.2 beantragte Höhe der Förderung (bis zu 75 % der förderfähigen Investitionskosten; siehe Ziff. 8.1 der RL Ladeinfrastruktur)	
4.3 voraussichtliche Planungskostenpauschale (Ziff. 8.1 der RL Ladeinfrastruktur i.V.m. VwV-LGVFG) Hinweis: Bei Förderungen nach der AGVO kann die Planungskostenpauschale nicht gewährt werden.	
4.4 Beantragte Beihilfe (Zuwendung) des Landes Baden-Württemberg (Summe aus Ziffern 4.2 und 4.3)	

5 Finanzierungplan

5.1 Gesamtkosten (s. Ziffer 3.1 dieses Formulars)	
5.2 davon Eigenmittel, Eigenleistungen	
5.3 davon Fremdmittel (Kredite) ²	
5.4 davon Mittel/Leistungen Dritter (ohne öffentliche Zuwendungen)	
5.5 davon beantragte Beihilfe (Zuwendung) des Landes Baden-Württemberg (siehe Ziff. 4.4 dieses Formulars)	
5.6 davon beantragte sonstige öffentliche Zuwendungen	

6 Voraussichtliche Landesfinanzhilfe für das angemeldete Vorhaben im Jahr

Jahr					
Voraussichtlich anteiliger Bedarf in %					

² Gilt nicht für kommunale Körperschaften

7 Beihilferechtliche Ausgestaltung für die Zuwendung nach der RL Ladeinfrastruktur

7.1 Beihilferechtliche Rechtfertigungsgrundlage

Eine Förderung wird nur bewilligt, wenn die Förderung unter eine der nachfolgenden Kategorien eingeordnet werden kann und deshalb beihilferechtlich zulässig ist. Zutreffendes bitte ankreuzen:

<input type="checkbox"/>	Förderung auf Grundlage von Art. 36a AGVO
<input type="checkbox"/>	Bestehen eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags nach VO (EG) Nr. 1370/2007 (Bitte Anlage 24 VwV-LGVFG beifügen)
<input type="checkbox"/>	Förderung einer Kommune oder einer Anstalt des öffentlichen Rechts (Bitte Anlage 25b VwV-LGVFG beifügen)
<input type="checkbox"/>	Allgemeine De-minimis-Förderung (Bitte Anlage 26 VwV-LGVFG beifügen)
<input type="checkbox"/>	DAWI-De-minimis-Förderung (Bitte Anlage 26 VwV-LGVFG beifügen)

7.2 Art der Beihilfe

Bitte kreuzen Sie an, um welche Art der Beihilfe es sich handelt (Angabe **nur bei einer Förderung nach Art. 36a AGVO** erforderlich, vgl. RL Ladeinfrastruktur Ziff. 4.1. a.E.):

<input type="checkbox"/>	Zuschuss (Regelfall)
<input type="checkbox"/>	Sonstiges und zwar:

8 Erklärungen des Antragstellers

8.1 Allgemeine Erklärungen

<input type="checkbox"/>	Vom Inhalt der Richtlinie des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg über die Förderung von Lade- und Wasserstofftankinfrastruktur (Richtlinie Ladeinfrastruktur vom 07.09.2023) und der Änderungsrichtlinie hierzu vom 22.04.2024 habe ich Kenntnis genommen.
<input type="checkbox"/>	Mit der Maßnahme wurde noch nicht begonnen und wird auch nicht vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheids begonnen
	Der Vorhabenträger ist bezüglich der Maßnahme:
<input type="checkbox"/>	nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt.
<input type="checkbox"/>	zum Vorsteuerabzug berechtigt; dies ist bei den Ausgaben berücksichtigt worden (Preis ohne Umsatzsteuer).
<input type="checkbox"/>	Hiermit wird bestätigt, dass die übrige Finanzierung des beantragten Vorhabens in geeigneter Weise sichergestellt ist.
<input type="checkbox"/>	Ich versichere, dass die Angaben dieses Antrags zur Gewährung einer Zuwendung sowie hierzu beigefügte Anlagen vollständig und richtig sind. Änderungen zu den Angaben im Antrag und den beigefügten Anlagen werde ich dem Regierungspräsidium unverzüglich mitteilen. Mir ist bekannt, dass falsche beziehungsweise unvollständige Angaben zum Widerruf/Rücknahme der Zuwendung führen können.
<input type="checkbox"/>	Mir ist bekannt, dass die in diesem Formular gemachten Angaben subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind und dass ich verpflichtet bin, der Bewilligungsstelle unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen des Zuschusses entgegenstehen oder die für dessen Rückforderung erheblich sind (§ 1 des Landessubventionsgesetzes Baden-Württemberg (LSubvG) in Verbindung mit § 3 Absatz 1 des Subventionsgesetzes des Bundes (SubvG).
<input type="checkbox"/>	Ich versichere, dass mein Unternehmen kein Unternehmen in Schwierigkeiten gemäß Artikel 2 Absatz 18 der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) bzw. im Sinne der Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten (ABl.C244 vom 1.10.2004, S.2) ist. ³

³ Gilt nicht für kommunale Körperschaften

<input type="checkbox"/>	Ich versichere, dass gegen mein Unternehmen keine Rückforderung von Beihilfen auf Grund einer Entscheidung der EU-Kommission angeordnet wurde, der mein Unternehmen nicht nachgekommen ist. ⁴
<input type="checkbox"/>	Nur bei Förderung auf Grundlage von Art. 36a AGVO: Ich versichere die Erforderlichkeit der Beihilfe für Investitionen in Lade- oder Tankinfrastruktur nach Maßgabe der Ziff. 6 der Richtlinie Ladeinfrastruktur.

8.2 Erklärung bei Bereitstellung von Wasserstofftankinfrastruktur

<input type="checkbox"/>	Ich versichere, dass ich unverzüglich die Bewilligungsbehörde in Kenntnis setze, sollte ab 2036 entgegen meiner heutigen Erklärung nicht der entsprechende Wasserstoff verwendet werden.
<input type="checkbox"/>	Gilt nur für Antragsteller, die sich auf Art. 36a AGVO stützen: Ich versichere, dass meine Wassertankinfrastruktur ab 2036 ausschließlich grünen Wasserstoff bereitzustellen wird, vgl. zu den Anforderungen Ziff. 5 der Richtlinie Ladeinfrastruktur.
<input type="checkbox"/>	Gilt nur für Antragsteller, die sich nicht auf Art. 36a AGVO stützen: Ich versichere, dass meine Wassertankinfrastruktur ab 2036 ausschließlich grünen, türkisenen oder blauen Wasserstoff bereitzustellen wird, vgl. zu den Anforderungen Ziff. 5 der Richtlinie Ladeinfrastruktur.

8.3 Verwendung von Strom aus erneuerbaren Energien

<input type="checkbox"/>	Ich versichere, dass ich während der gesamten Dauer der Zweckbindungsfrist die Ladepunkte mit Strom aus erneuerbaren Energien versorge. Spätestens mit dem Schlussverwendungsnachweis lege ich einen entsprechenden Zertifikatsnachweis über den Abschluss eines zertifizierten Grünstrom-Liefervertrags (100 Prozent Erneuerbare Energien) vor.
--------------------------	--

⁴ Gilt nicht für kommunale Körperschaften

9 Anlagen

Bitte fügen Sie dem Antrag folgende Anlagen bei:

<input type="checkbox"/>	Genehmigungs- und Entwurfsplanung
<input type="checkbox"/>	Erläuterungsbericht
<input type="checkbox"/>	Übersichtsplan
<input type="checkbox"/>	aktuelle Kostenermittlung
<input type="checkbox"/>	aktueller Bauzeitenplan
<input type="checkbox"/>	Rechtsgenehmigungen (zum Beispiel Bebauungsplan, Plangenehmigung, Planfeststellung, Baugenehmigung)
<input type="checkbox"/>	Generalverkehrsplan oder ein für die Beurteilung gleichwertiger Plan bzw. Liniennetzplan oder Ähnliches
<input type="checkbox"/>	Nachweis, dass der Finanzierungsanteil des Vorhabenträgers gesichert ist
<input type="checkbox"/>	Abhängig von der beihilferechtlichen Rechtfertigungsgrundlage, die unter Ziff. 7.1 dieses Antrags genannte Anlage (Anl. 24, 25b bzw. 26)

Gegebenenfalls weitere Anlagen:

<input type="checkbox"/>	
--------------------------	--

Datum, Unterschrift

10 **Datenschutz**

Das Ministerium für Verkehr und die Regierungspräsidien verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Rahmen des Verwaltungsverfahrens. Rechtsgrundlagen hierfür sind Art. 6 Abs. 1 e) DSGVO i.V.m. § 4 LDSG-BW und Art. 6 Abs. 1 a) DSGVO. Nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) besteht die Verpflichtung, Sie auf die Grundsätze des Ministeriums für Verkehr und die der Regierungspräsidien zur Datenverarbeitung hinzuweisen. Informationen des Ministeriums für Verkehr über Datenverarbeitungen und zum Datenschutz (Datenschutzinformation) sind unter folgendem Link abrufbar: [Datenschutzhinweise: Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg \(baden-wuerttemberg.de\)](https://www.baden-wuerttemberg.de).

Die Datenschutzinformationen der Regierungspräsidien sind unter folgendem Link abrufbar: [Datenschutzerklärungen der Regierungspräsidien - Regierungspräsidien Baden-Württemberg \(baden-wuerttemberg.de\)](https://www.baden-wuerttemberg.de).

Auf Wunsch werden diese Informationen in Papierform übersandt.

Der Antragsteller willigt ein, dass die personenbezogenen Daten zur Vorgangsbearbeitung verwendet werden und bestätigt, dass er von der Datenschutzinformation Kenntnis genommen hat.

Datum, Unterschrift